

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Schulverwaltung
Bearbeitet von: Herbert Keßler

Datum
16. Mai 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen	04.06.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt von der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an einer unter Trägerschaft der Stadt Siegen stehenden allgemeinbildenden Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003 abzusehen.

Sachverhalt / Begründung:

1. Definition sonderpädagogischer Fördergruppen

Sonderpädagogische Fördergruppen in der Sekundarstufe I sind eine im Schulverwaltungsgesetz (§ 4 Abs. 6) vorgesehene Möglichkeit zur schulischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sekundarstufe I.

In ihrem Konzept gehen sie, im Gegensatz zum Schulversuch mit „gemeinsamem Unterricht“ in der Sekundarstufe I, zunächst von einem getrennten Unterrichtsangebot für behinderte und nichtbehinderte Kinder aus. Als Teil einer allgemeinen Schule ergeben sich jedoch vielfältige Möglichkeiten, Gemeinsamkeiten zwischen behinderten und nicht behinderten Kindern herzustellen und zu fördern.

Die sonderpädagogische Fördergruppe ist dabei Teil einer allgemeinen Schule. Sie kann in einer Hauptschule, einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Gesamtschule eingerichtet werden.

Für eine sonderpädagogische Fördergruppe sind mindestens 3-4 Kinder erforderlich, als durchschnittliche Größe wird von 8 Kindern ausgegangen. Die Gruppe kann jahrgangsübergreifend gebildet werden. Dieser Gruppe zur Seite gestellt, soll eine Ko-

operationsklasse als „Patenklasse“ gebildet werden, die gemeinsam mit der sonderpädagogischen Fördergruppe Regelklassenstärke nicht überschreitet (als maximal rd. 20 Schülerinnen und Schüler), um auch tatsächlich Plätze für gemeinsame Unterrichtsangebote zur Verfügung zu haben.

Art und Umfang der Einbindung in die Unterrichtsinhalte der Regelschule richtet sich ausschließlich an den Fähigkeiten der Einzelnen in der sonderpädagogische Fördergruppe aus. In der Regel wird der Schwerpunkt der unterrichtlichen Ausrichtung in der sonderpädagogischen Fördergruppe selbst liegen. Hierfür ist eine gesonderte Lehrkraft mit entsprechender Ausbildung vorgesehen.

Dementsprechend ist für die sonderpädagogische Fördergruppe der Unterricht zunächst organisatorisch so zu planen, dass alle Unterrichtsstunden durch die Sonderschulkraft abgedeckt werden können. Im Rahmen der Erstellung eines pädagogischen Programmes sollte darüber hinaus festgelegt werden, wie die Schülerinnen und Schüler der sonderpädagogische Fördergruppe am Schulleben außerhalb des Unterrichtes beteiligt werden können. Hierzu gehört z.B. die Gestaltung von Pausen, die Möglichkeit, Arbeitsgemeinschaften zu wählen, Teilnahme an unterrichtlichen Schulveranstaltungen, an Schulwanderungen, Projektwochen u.ä.

Das **Rahmenkonzept** des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW „Sonderpädagogische Fördergruppen in der Sekundarstufe I“ ist der Vorlage beigelegt.

Die Entscheidung, ob eine sonderpädagogische Fördergruppe eingerichtet wird, trifft der jeweilige Schulträger durch entsprechenden Ratsbeschluss. ***Ein Rechtsanspruch gegen den Schulträger (Stadt Siegen) auf Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe besteht nicht.***

Über den sonderpädagogischen Förderbedarf und den schulischen Förderort entscheidet das Schulamt (Kreis Siegen-Wittgenstein), indem es die sonderpädagogische Fördergruppe als geeigneten sonderpädagogischen Förderort benennt. Die Einzelanhörung des Schulträgers bleibt hiervon unberührt.

2. Auftrag des Schulträgers:

Wenn der Bedarf für eine sonderpädagogische Fördergruppe hinsichtlich des Schüleraufkommens festgestellt ist, muss der betroffene Schulträger prüfen, ob in den allgemeinen Schulen der Sekundarstufe I der *notwendige zusätzliche Unterrichtsraum* einschließlich der ggf. *erforderlichen behindertengerechten Ausstattung* zur Verfügung gestellt werden kann. Außerdem muss der Schulträger, analog zur Förderung an einer Sonderschule, die *notwendigen Lehr- und Lernmittel* zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sind auch *schulentwicklungsplanerische Gesichtspunkte* (z.B. *Auswirkungen auf die bestehenden Sonderschulen u.ä.*) zu prüfen.

3. Aktuelle Ausgangslage:

3.1 Bedarf

Der Stadt Siegen als Schulträger liegen derzeit 6 Anträge auf Beschulung in einer sonderpädagogischen Fördergruppe vor.

Aufgrund des sich abzeichnenden Bedarfes wurde von der Schulverwaltung der Stadt Siegen gemeinsam mit dem Schulamt für den Kreis Siegen-Wittgenstein am

19. Dezember 2001 ein Informations- und Diskussionsgespräch für die Schulen der Sekundarstufe 1 durchgeführt. Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen wurde im Rahmen einer mündlichen Berichterstattung mit anschließender Diskussion in seiner Sitzung am 21.03.2002 informiert.

Die zur Zeit vorliegenden Anträge betreffen durchweg Kinder, die bisher in der Primarstufe (Grundschulen) im Rahmen des gemeinsamen Unterrichtes beschult wurden.

Das schulträgerspezifische Anforderungsprofil für die Kinder ist nach Auskunft der Schulaufsichtsbehörde wie folgt angegeben:

Vorname:	Sonderpädagogischer Förderbedarf	Art des Schülerfahrverkehrs	Besondere Lehr- und Lernmittel	Behindertenspezifische Baumaßnahmen/-vorgaben
Abdurrahman	Lernbehinderung	Fahrtkosten	Fördermaterialien	-
Felek	Geistige Behinderung	Schülerspezialverkehr	Fördermaterialien für GB-Kinder	-
Christiane	Körperbehinderung evtl. auch Lernbehinderung	Schülerspezialverkehr (später evtl. Fahrtkosten Linienverkehr)	Fördermaterialien aus Bestand	-
Jana	Körperbehinderung (Lernbehinderung)	Schülerspezialverkehr (z.Zt. durch Eltern)	Laptop und Fördermaterial vorhanden	Rollstuhlfahrerin, Klasse ohne Treppengang
Ahmed	Körperbehinderung	Spezialverkehr mit Zivi-Begleitung	-	-
Gülbeck	Geistige Behinderung	Schülerspezialverkehr	Fördermaterialien für GB-Kinder	-

3.2 Prüfung der sächlichen Voraussetzungen

Wie bereits unter Punkt 2 ausgeführt, muss der Schulträger u.a. prüfen, ob er die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe erfüllen kann.

Unproblematisch dürfte hierbei der zusätzliche Aufwand für den Schülerfahrverkehr sowie die Beschaffung der besonderen Lehr- und Lernmittel sein.

Bezüglich des Schülerfahrverkehrs ist zunächst festzuhalten, dass in der Regel bei den vorliegenden Anträgen auch Fahrtkosten bei Besuch einer Sonderschule anfallen würden. Die Höhe des Mehrbedarfes aufgrund der geänderten Entfernung dürfte sich nach vorläufiger Einschätzung unter 2.000 €/Jahr bewegen.

Für die Anschaffung einer Grundausstattung an Fördermaterialien schlägt die Schulaufsicht einen Betrag von 2.000 € im ersten Jahr und 1.000 € in den Folgejahren (Ergänzungsbedarf) vor.

Ähnlich wie bei der Zustimmung für den Gemeinsamen Unterricht sollte auch hier die Stadt Siegen als Schulträger ihre Zustimmung zur Aufnahme in die sonderpädagogische Fördergruppe davon abhängig machen, dass Kosten für zusätzliches therapeutisches oder pflegerisches Personal und Zivildienstleistende der Stadt Siegen als Schulträger nicht entstehen. Nach der derzeitigen Rechtsprechung müssen diese Kosten damit vorbehaltlich einer abweichenden Rechtsprechung zur Klärung über bestehende Erstattungsansprüche des Sozialhilfeträgers gegenüber dem Schulträger vom zuständigen Sozialhilfeträger getragen werden.

Problematisch gestaltete sich die **Suche nach geeignetem Schulraum**. Hierzu wird auch auf die Gebäudedaten und Bedarfsrechnungen im Schulentwicklungsplan

der Stadt Siegen 1998 bis 2003 verwiesen. Für den Bedarfsabgleich wurde dort der schulische Bedarf an Räumlichkeiten in einen Abgleich mit den Raumprogrammempfehlungen für Schulen der jeweiligen Größe gebracht. Dieser Abgleich wurde als einzige vergleichbare und neutrale Bewertung angewandt, wohl wissend, dass die Raumprogrammempfehlungen des Landes unterhalb der tatsächlichen Bedarfe der Schulen liegen. Hierzu sei an fehlende Differenzierungsräume, besondere Raumbedarfe wie z.B. Streitschlichtung u.a. erinnert. Dies bedeutet in der Praxis aber auch, dass die „rechnerisch vorhandenen“ Freikapazitäten in der Schulentwicklungsplanung faktisch schulisch genutzt werden und auch bedarfsgerecht genutzt werden. Die schulische Argumentation eines höheren Bedarfes als das Raumprogramm vorsieht, ist pädagogisch nochvollziehbar und auch begründet. Sie gilt jedoch für alle Schulen in der Stadt Siegen, würde also zum Beispiel auch auf die als „frei“ bezeichneten Räume der beiden Hauptschulen zutreffen. Der Abgleich mit dem Raumprogramm zeigt im Umkehrschluss aber auch die Raumknappheit der Siegener Schulen insgesamt. Das hier im Gefolge des Rückganges der Schülerzahlen insgesamt bei gleicher Gebäudesubstanz keine Entspannung aufgetreten ist, liegt neben einer Entzerrung der Überbelegungen aus der Vergangenheit auch in den schulisch erforderlichen „neuen Raumangeboten“ wie zum Beispiel „Neue Medien“ u.ä. begründet. In der Schulentwicklungsplanung wurden 4 Schulen auf der Basis der Raumprogrammempfehlungen mit geringen „Freikapazitäten“ errechnet.

Dies waren im Erhebungszeitraum (1997/98):

Haardter-Berg-Schule (Hauptschule)

Winchenbachschule (Hauptschule)

Realschule Am Häusling und

Peter-Paul-Rubens-Gymnasium.

Die aktuellen Schülerzahlenentwicklungen haben keine weiteren „Freikapazitäten“ bei anderen Schulen der Sekundarstufe I ergeben. Gegenüber der damaligen Erhebung sind aktuell folgende Entwicklungen mit räumlicher Relevanz eingetreten.

Hauptschulen:

Die Zahl der Hauptschülerinnen und Schüler sind leicht steigend (vergleiche auch Darstellung der räumlichen Situation der Hauptschulen im Zusammenhang mit der Vorlage „Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach“ – Rat 24.4.2002-) Während die Hauptschulen Albertus-Magnus-Schule, Achenbacher Schule, Eiserfeld und Geschwister-Scholl-Schule Raumfehlbedarfe haben, wäre bei den Hauptschulen Haardter Berg und Winchenbach nach derzeitigem Erkenntnisstand im Schuljahr 2002/2003 rechnerisch jeweils ein Klassenraum verfügbar. Diese Räumlichkeiten wurden bisher von dem Weiterbildungskolleg (ehemals Abendrealschule/Abendgymnasium der Stadt) für die Durchführung von Vormittagsunterricht belegt. Sofern die Schülerzahlenentwicklung beider Schulen konstant bleibt, ist davon auszugehen, dass diese (rechnerische) Freikapazität mit dem Schuljahr 2003/2004 nicht mehr vorhanden ist. Für die Haardter-Berg-Schule ist davon auszugehen, dass aufgrund einer erforderlichen weiteren Trennung eines bestehenden Klassenjahrganges zum Schuljahr 2002/2003 diese „freie“ Kapazität bereits mit dem Schuljahresbeginn nicht mehr vorhanden ist.

Beide Schulen kommen jedoch für die Anbindung einer sonderpädagogischen Fördergruppe auch nicht in Betracht, da die baulichen Voraussetzungen (behinderten/rollstuhlgerecht) fehlen und nur mit hohem Aufwand nachträglich erfüllt werden könnten. In Vorgesprächen haben zudem die jeweiligen Schulleitungen zusätzlich ihren hohen Integrationsaufwand im schulformbezogenen Unterricht geltend gemacht.

Realschulen:

Wie bereits in der Schulentwicklungsplanung verdeutlicht, haben die Realschulen keine Raumkapazitäten frei. Die im Ausblick auf die mittelfristige Schulentwicklung dargestellten Erhöhungen der Schülerzahlen haben mittlerweile zu Raumengpässen bei allen Realschulen und einer Vielzahl von Doppelnutzungen der vorhandenen Räumlichkeiten geführt, die sich zum Teil hart an der Grenze eines funktionierenden Fachunterrichtes bewegen. Perspektivisch wäre nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues und der Umbaumaßnahmen der Realschule Am Hengsberg für diese Schule eine neue Bewertung sinnvoll.

Gymnasien:

Auch hier sind nur geringfügige Änderungen gegenüber der aufgezeigten Entwicklung im SEP 1998 – 2003 eingetreten. Zusätzliche Raumkapazitäten haben sich nicht ergeben. Die geringfügigen Veränderungen in den Schülerzahlen haben sich nicht auf die Raumbedarfe, sondern bestenfalls auf die Klassenstärken ausgewirkt. Zwar sind die Schülerzahlen gerade des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums gegenüber der Prognose um 63 Schülerinnen und Schüler (Stand Schuljahresstatistik 2001/2002) gestiegen, dennoch ist diese Schule derzeit das einzige Gymnasium, dass im Abgleich zu den Raumprogrammempfehlungen aktuell noch einen Raumüberhang (1-2 Räume) aufweist. Dem steht die schulische Rückmeldung auf fehlende räumliche Differenzierungsmöglichkeiten aus der bereits in der Vorlage aufgezeigten Nichtberücksichtigung bestimmter Raumbedarfe im Raumprogramm gegenüber. Im Vergleich bleibt die Schule daher derzeit als die einzige Einrichtung dieser Schulform, die räumlich eine sonderpädagogische Fördergruppe aufnehmen könnte.

Gesamtschulen:

Die zwei Gesamtschulen der Stadt Siegen liegen minimal unter dem Bedarf nach der Raumprogrammempfehlung. Freikapazitäten sind nicht vorhanden. Die Zahl der Gesamtschüler wird seit Jahren von der Anzahl der vorhandenen Kapazität bestimmt. Neben den fehlenden Raumreserven würde die Reduzierung der Schülerzahl der „Patenklasse“ die Zahl der jährlichen Schülerabweisungen erhöhen und die Mangelsituation weiter verschärfen.

Bauliche Sonderanforderungen:

Bei den Antragstellern auf Beschulung in einer sonderpädagogischen Fördergruppe ist eine Rollstuhlfahrerin vertreten. Daher muss das Schulgebäude so ausgerichtet sein, dass zumindest der Betreuungs-/Klassenraum rollstuhlgerecht erreichbar ist und möglichst viele weitere Unterrichtsangebote räumlich erreichbar sind. Entsprechend war die Erreichbarkeit des Schulgebäudes und der Räume mit in die Überlegungen einzubeziehen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass keine Schule der Sekundarstufe 1 unter Trägerschaft der Stadt Siegen von der Zuwegung und den Räumlichkeiten ein Komplettangebot einschließlich Fachräumen und Sport für Rollstuhlfahrer ermöglicht. Bei vielen Schulen (z.B. Winchenbachschule, Gymnasium auf der Morgenröthe, Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium, Gesamtschule Eiserfeld usw.) ist bereits ein Erreichen der Schule oder auch nur eines Klassenraumes für Rollstuhlfahrer ausgeschlossen. Lediglich das Gymnasium Am Löhrtor (Treppenlift), das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium (Fahrstuhl) und eingeschränkt die Bertha-von-Suttner-Gesamtschule (Rampe) sind teilweise rollstuhlgerecht ausgebaut. In dem Erweiterungsbau der Realschule am Hengsberg ist der Einbau eines Fahrstuhles enthalten.

Räumliches Fazit:

Auch bei Berücksichtigung der –berechtigten- räumlichen Bedenken der Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums könnte derzeit keine andere Alternative aufgezeigt werden, als die sonderpädagogische Fördergruppe an diesem Gymnasium anzusiedeln. Hierbei müssten die berechtigten Bedenken der Schulleitung jedoch unberücksichtigt bleiben.

3.3 Bewertung der schulentwicklungsplanerischen Auswirkungen:

Die Bildung einer sonderpädagogischen Fördergruppe hat zunächst direkte Auswirkungen auf die bestehenden Sonderschulen sowie die aufnehmende Schule.

Für die Sonderschulen unter städtischer Trägerschaft kann festgehalten werden, dass die Bildung *einer* Gruppe zu keiner Bestandsgefährdung der bestehenden Sonderschulen führt. Dieser Aspekt ist jedoch in der Zukunft bei weiteren Anträgen jeweils im Einzelfall erneut zu werten.

Sowohl die Schulleitungen der Sonderschulen als auch die Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums sind im Vorfeld um Stellungnahme zu der geplanten Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe aufgefordert worden. Diese Stellungnahmen liegen der Vorlage bei.

Die sich im Einzelnen ergebenden Bedenken sind aus Sicht der Schulverwaltung zumindest teilweise nachvollziehbar und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, wobei eine inhaltlich pädagogische Wertung nicht in das Aufgabenfeld der Schulverwaltung fällt, sondern in jedem Einzelfall durch die Schulaufsicht gewichtet wird bzw. gewichtet wurde. Unstrittig war in der Beratung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen am 21.03.2002 die Wertung, dass bei den allgemeinbildenden Schulen aufgrund fehlender spezifischer räumlicher und sächlicher Ausstattung und unterschiedlicher pädagogischer Ausbildungsschwerpunkte der Unterrichtenden in der Vermittlung schulischen Wissens ein Qualitätsverlust in der schulischen Einzelförderung der Kinder der sonderpädagogischen Fördergruppe gegenüber einer schulischen Förderung in einer spezialisierten Sonderschule zu erwarten sei. Die Eltern/Erziehungsberechtigten haben sich auch vor dem Hintergrund dieser Information durch die Schulaufsichtsbehörde für diese Form der Beschulung entschlossen, wobei hauptsächlich als Grund der Wunsch auf eine Teilnahme und ein frühzeitiges möglichst umfangreiches Lernen des Lebens in der Gesellschaft mit ihren Rahmenbedingungen ausschlaggebend war. Hierbei sei am Rande bemerkt, dass Erfahrungen anderer Schulträger mit diesem Beschulungsmodell sehr stark auch die positiven Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer der aufnehmenden Schule hervorheben.

Ein verstärktes Augenmerk bei den Bedenken der Sonderschulen ist sicherlich auf die personellen Probleme dieser Schulform zu legen, da aus dem Bestand des dortigen Lehrpersonals kurzfristig (am nächsten Tag) Vertretungspersonal bei einer Erkrankung der Fachkraft der sonderpädagogischen Fördergruppe zu stellen ist. Alternativen hierzu bestehen jedoch nicht.

Die Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums wurde nicht zuletzt aufgrund der räumlichen Gegebenheiten (siehe vorherige Ausführungen) von der Schulverwaltung angesprochen, eine gesonderte Informationsveranstaltung unter Einbindung der Schulaufsicht ist im Rahmen einer Schulkonferenzsitzung im Februar 2002 erfolgt,

die Schulleitung hat nach weiteren Gesprächen mit Schreiben vom 02.05.2002 (Anlage) eine Stellungnahme abgegeben. Auch hier können die durchaus nachvollziehbare Bedenken aus pädagogischer Sicht nicht im Einzelnen und umfassend durch den Schulträger gewertet werden. Angemerkt werden muss jedoch, dass aufgrund der zieldifferenten Unterrichtung das Ministerium bewusst keine Einschränkung der Schulform vorgesehen hat und es auch bereits vereinzelt sonderpädagogische Fördergruppen an Gymnasien gibt.

Unabhängig von der Schulform ist festzuhalten, dass das im Rahmenkonzept vorgesehene pädagogische Konzept erst noch mit der Schulaufsicht erarbeitet werden muss. Dies ist jedoch antragsunschädlich und kann durchaus der Bezirksregierung nachgereicht werden, da dort bekannt ist, dass gerade bei einer Neueinrichtung und der damit verbundenen Erstaufnahme aller Kinder dieses Konzept in der Regel erst in Abhängigkeit der Gruppenzusammensetzung erarbeitet werden kann.

4. Fazit:

Nach Wertung des in der Vorlage dargestellter Sachverhaltes empfiehlt die Verwaltung aufgrund der räumlichen Situation und der aufgezeigten Bedenken von einer Errichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe zum Schuljahr 2002/2003 abzusehen.

Wenngleich die Interessenlage der betroffenen Kinder und deren Erziehungsberechtigten nachvollziehbar und erfüllungswert ist, sieht sich die Verwaltung derzeit außerstande, eine für die betroffenen bestehenden Schulen vertretbare Lösung des Zielkonfliktes zugunsten einer Angebotserweiterung für die behinderten Kinder anzubieten.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
4.000 €	3.000 €	100 %	entfällt	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002 ff	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle verschiedene
-----------------------------------	--	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: 3
Rahmenkonzept des Ministeriums
Stellungnahme des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums
Stellungnahmen der Sonderschulen